

REGION

Langenauer stimmen im Herbst ab

Demokratie Der Gemeinderat terminiert einen Bürgerentscheid auf den 26. September. Auch die Frage steht nun fest.

Langenau. In Langenau steht eine Premiere an: Nachdem der Gemeinderat nun einhellig festgestellt hat, dass das Bürgerbegehren „Nördlich der Karlstraße“ zulässig ist, wird es zum ersten Mal in der Stadt einen Bürgerentscheid geben – am 26. September, dem Tag der Bundestagswahl.

Das Gremium legte mehrheitlich auch den Wortlaut der Frage fest, über den die Bürgerinnen und Bürger abstimmen: „Sind Sie dafür, dass der Aufstellungsbeschluss des Gemeinderats vom 26.02.2021 zur 1. Änderung des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschrift ‚Nördlich der Karlstraße‘ wieder aufgehoben wird?“ Dies bedeutet, dass mit „nein“ stimmen muss, wer für das geplante Bauvorhaben ist.

Wie berichtet, will die Investorenseite um den Unternehmer Rolf Kunze 87 Wohnungen in fünf Mehrfamilienhäusern errichten. Gegen diese Pläne hatte sich eine Bürgerinitiative (BI) gegründet, die 1405 Unterschriften sammelte. Davon waren nach laut Stadtverwaltung 59 ungültig. Das erforderliche Quorum von sieben Prozent – zum Zeitpunkt der Einreichung entsprach dies 834 Einwohnern – wurde damit erreicht.

Info-Veranstaltung kurz zuvor

Damit sich die Langenauer informieren können, beschloss der Gemeinderat mehrheitlich auch einige Maßnahmen. Wie Bürgermeister Daniel Salemi erläuterte, soll es zum einen eine achtseitige Info-Broschüre geben. Denn: „Die Stadt ist verpflichtet, schriftlich über den Bürgerentscheid zu informieren.“ Schließlich habe das Votum den Rang eines Ratsbeschlusses. Die Broschüre soll Informationen zum Verfahren enthalten, unter anderem zur Konsequenz von „ja“ und „nein“. Zudem können Bürgermeister und Gemeinderat auf je einer Seite und die Bürgerinitiative auf zwei Seiten Stellung beziehen.

Für Mittwoch, 15. September, 19.30 Uhr, ist eine Info-Veranstaltung terminiert – als Präsenz-Treffen in der Stadthalle, sofern es die Pandemie zulässt. Investor sowie Vertreter von Bürgerinitiative, Gestaltungsbeirat und Stadt sollen zu Wort kommen. Fragen stellen können die Bürger auch. Die gesamte Veranstaltung soll ins Internet gestreamt werden, sofern alle Beteiligten aus Datenschutzgründen einverstanden sind.

Damit der Entscheid bindend ist, müsste einerseits die Mehrheit aller Stimmen erreicht werden. Zudem müssten mindestens 20 Prozent der Wahlberechtigten hinter der Entscheidung stehen (Stand Ende Juni mindestens 2420 Menschen).

Oliver Heider